

ÖGB-Schumann: „Ministerin Raab ist mit automatischem Pensionssplitting auf dem falschen Weg“

Utl.: ÖGB-Frauen haben fertiges Modell für echte Verbesserung der katastrophal niedrigen Frauenpensionen und bieten Hilfe an =

Wien (OTS) - „Es ist längst überfällig, Maßnahmen gegen viel zu niedrige Frauenpensionen zu ergreifen. Dass man das in der Regierung endlich erkennt, ist zwar erfreulich. Mit dem automatischen Pensionssplitting befindet sich Frauenministerin Raab aber wieder einmal auf dem falschen Weg“, hält Korinna Schumann, ÖGB-Frauenvorsitzende und Vizepräsidentin fest. „Damit werden keine Probleme gelöst, sondern nur Symptome kaschiert. Eine echte Verbesserung gibt es deshalb nicht. Mögliche Effekte sind bestenfalls in einigen Jahrzehnten spürbar“, so Schumann weiter.

„Das wahre Problem will man offenbar weiterhin nicht sehen - Frauen leisten einen Großteil der unbezahlten Arbeit, verdienen in ihrem gesamten Arbeitsleben weniger und werden am Ende zum Dank mit einer Minipension abgespeist. Stattdessen wird damit ein uraltes Frauen- und Rollenbild durch die Hintertür gefördert. Die Frauen- und Familienpolitik würde dadurch um Jahrzehnte zurückgeworfen werden. Vielleicht entspricht das aber auch einfach dem Weltbild der aktuellen Entscheidungsträger“, warnt die ÖGB-Frauenvorsitzende.

„Wer ernsthaft etwas an der Situation der katastrophal niedrigen Frauenpensionen ändern will, der sollte den ÖGB-Frauen zuhören. Unser Modell der fairen Anrechnung von Kindererziehungszeiten wirkt nicht nur sofort, es ist auch jederzeit umsetzbar. Außerdem sieht unser Modell auch einen Bonus für jeden Elternteil vor, der bereits in der Vergangenheit Kindererziehungszeiten erworben hat und erhöht die Pension der betroffenen Menschen sofort. Für Rat und Tat stehen wir gerne bereit, wenn neben dem Pressekonferenz-Marathon auch fachliche Expertise gewünscht ist“, richtet Schumann aus.

„Offenbar will die Regierung mit dem verpflichtenden Pensionssplitting wieder einmal Verantwortung an die ÖsterreicherInnen abgeben, statt sie selbst zu übernehmen. Gesellschaftliches Unrecht kann man nicht mit fragwürdigen innerfamiliären Finanztransfers bekämpfen. Das ist eine Kernaufgabe des Staates und seiner Regierung“, fordert Schumann.

~

Rückfragehinweis:

ÖGB Kommunikation

Tel. +43 / 1 / 534 44 - 39263

presse@oegb.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/143/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0179 2020-09-15/13:22

151322 Sep 20

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200915_OTS0179